

# *Initiative Gesundheit Westf.-Lippe – IGWL*

Der Zusammenschluss der ärztlichen Verbände in WL

## Gedächtnisprotokoll

Politische Fragestunde mit Gesundheitspolitischen Sprechern des NRW-Landtages am 18.3.10 mit der Initiative Gesundheit Westf.-Lippe (IGWL)

Teilnehmer: Vertreter von 26 ärztlichen Verbänden in Westf.-Lippe, sowie Herr Dr. Romberg, FDP, Frau Heike Geppart, SPD, Frau Barbara Steffens, Grüne.

Moderation: Herr Schwarzenau, Ärztekammer Westf.-Lippe  
Teilnehmer: s. Anwesenheitsliste

### Themen der Fragestunde:

1. Zugang zum Studium und Ausbildung in NRW, Weiterbildung, Freizügigkeit im Studium, Bologna Prozess, Akademisierung der Pflegeberufe
2. Flächendeckende ärztliche Versorgung, von Bedarfsplanung
3. Krankenhausplanung
4. Wettbewerb im Gesundheitswesen? Schaffung von Doppelstrukturen?
5. Prävention – Reden ohne Bereitstellung von Ressourcen?
6. Arzt – Patienten - Verhältnis / Datenschutz
7. Honorare / RLV / Abwanderung von Ärzten aus NRW/WL

Zu 1)

keiner der drei Parteisprecher will eine Auswahl zum Studium nach Abiturnoten. Universitäten wird Vorwurf mangelnder Auswahl nach bereits jetzt möglichen Bedingungen gemacht.

SPD: es wachse der Bedarf für eine Akademisierung von Pflegeberufen.

Grüne: sieht Gefahr der Subspezialisierung der Ärzte.

FDP: Ärztlicher Beruf müsse attraktiver werden.

- Keine Patentlösungen von allen Parteien. -

Zu 2)

FDP: keine ausreichende Leistungsvergütung, daher peripher Mangel an Ärzten. Grüne: kleinteilige Bedarfsplanung sinnvoll. Praxisexistenz dürfe nicht nur durch GOÄ sichergestellt sein.

SPD: kleinteilige Bedarfsplanung, Bezirke detaillierter. Ausreichend Geld im System sei wichtig.

Zu 3) der bisher fehlende Krankenhausplan wird von allen moniert.

Zu 4)

Grüne: Gesundheitsversorgung ist Daseinsversorgung. Öffnung von Krankenhäusern dürfe nur differenziert stattfinden.

SPD: Monopolistische Verhandlungsstrukturen in der Honorarpolitik ist für das Gesamtgefüge nicht hilfreich.

Auf die Frage nach Doppelstrukturen gab es keine Antwort. Generell würde man die Haus- und Facharztschiene beibehalten.

Zu 5)

Grüne: man müsse zunächst in Prävention investieren, um später sparen zu können. Prävention müsste verstärkt werden, von Krankenkassen mitfinanziert.

FDP: es sei doch schon viel getan worden. Krankenkassen sollen als Zahler stärker in Prävention eingebunden werden.

Zu 6)

Grüne: e-Karte sei Quatsch, man solle lieber eine einheitliche Ärzte-Software, unentgeltlich für alle, für die Abrechnung schaffen.

SPD: e-Karte sei wichtig für Steuerung zur Vermeidung von Doppel-Strukturen, Doppel-Untersuchungen, Doppel-Medikamenten.

FDP: Verweist auf Monitoring und Ergebnis der Feldversuche.

Zu 7) von allen Parteien wird hingewiesen, dass die Honorarproblematik vor allen Dingen ein Bundesproblem sei. Es wird moniert, dass der Strukturausgleich und die Regelungen zum Morbiditätsrisiko bei den Krankenkassen enden, nicht den Leistungen folgen.

SPD: NRW hat sich zu wenig durchgesetzt, sowohl Politik wie KV'en.

Grüne: die Misere habe auch die Vor-Koalition verschuldet, NRW habe es verschlafen, ebenso die KV'en. Hier müssten Patienten Druck machen, dass in NRW dieselbe Leistung genauso wie in Bayern oder anderswo bezahlt würde. Sie können sich vorstellen, dass hier einheitliche Aktivitäten von Ärzten mit Parteien und Krankenkassen in Richtung Berlin folgen sollten. Man müsse sich hier übergreifend zusammenschließen. Man wolle aber auch nicht durch Krankenkassen dirigiert werden noch durch von Krankenkassen gesteuerten MVZ.

SPD: lehnt Konzern-gesteuerte MVZ ab.

Zusammenfassend gab es unter der sicheren und zielorientierten Moderation von Herrn Schwarzenau auf die konkreten Fragen wenig konkrete Antworten. Dennoch hatte man den Eindruck, dass hier die politischen Vertreter der drei Parteien durchaus auch persönliche Ansichten und Stellungnahmen abgaben, wobei man sich aber auch fragen muss, wie weit sie von der Parteilinie gedeckt werden.

Dr. Junker  
Bezirksstellenleiter

P.S. Der Protokollant und Vorbereiter der Gesundheitspolitischen Fragerunde erlaubt sich, im Anhang zu den einzelnen Themen einige konkrete Fragen anzuhängen, die ich gerne gestellt hätte und die bisher von dieser Fragerunde wie auch in anderen politischen Gremien nicht beantwortet wurden.